

Stimme der Freiheit

Mitteilungen für Mitglieder und Freunde der Freien Bürger Union

Nr. 2/10

Juni 2010

11. Jahrgang

Das Lesen der *Stimme der Freiheit* schädigt die Unwissenheit,
gefährdet die Nachtruhe und fördert das Nachdenken.

In eigener Sache: Bzgl. unserer letzten Ausgabe vom März gibt es rege Nachfrage. Falls auch Sie die Zeitung noch einmal zugesandt wünschen, dann rufen Sie bitte den Chefredakteur, Herrn Rupp, an (siehe Impressum). Die Zweitzusendung oder die Zusendung von Quellenmaterial erfolgt kostenfrei.

Die Deutschland-Krise oder „Wir wollen unsere DM wiederhaben“!

Die Folgen der Griechenland-Krise sind hausgemacht. Hätten wir nach wie vor unsere DM, würden wir nicht Gefahr laufen, im Gefolge des schwachen Euros auch noch den Rest unseres Volksvermögens aufs Spiel zu setzen. „Die Währungsunion des Maastricht-Vertrages ist gescheitert. Jetzt beginnt die Sozialisierung der Schäden...“ (Prof. Karl Albrecht Schachtschneider in *Junge Freiheit*, 19.02.2010). Damit ist leider genau das eingetreten, wovor unsere Zeitung schon vor zehn Jahren gewarnt hat:

Nun wird wieder die abgedroschene Phrase hervorgeholt, Deutschland solle zahlen, schließlich profitiere es von der EU. Bleiben wir doch bitte bei der Wahrheit: Die Export-Quote in die EU-Länder ist seit 1995 von 46,5 % auf 42,5 % in 2008 gesunken, während sie vergleichsweise in 1938 (!) noch bei über 60 % lag – und das ohne EU!!!

Es war auch nie der Sinn der EU, dass Deutschland von diesem Konstrukt profitiere! Die EU entstammt der EG und die EG der EGKS, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Die EGKS war nie etwas anderes wie eine gut getarnte Besatzungsbehörde zur Regulierung der deutschen Belange, insbesondere der Rüstungsgüter Kohle und Stahl. Dieser „Tradition“ ist auch die EU verhaftet. Ihre Aufgabe war und ist die Einbindung und Schwächung Deutschlands durch Verteilung des jedes Jahr vom deutschen Arbeitnehmer schwer erarbeiteten Volksvermögens an die europäischen Nachbarstaaten zu deren Nutzen und Wohlergehen. Dies geschieht gewollt und bewußt auf unser aller Kosten.

Ganz auf dieser Linie sehen die französische Finanzministerin Christine Lagarde, der Chef der EU-Finanzminister Jean-Claude Juncker und der EU-Ratspräsident Herman von Rompuy ebenso wie Griechenland die Schuld für die Krise bei Deutschland. Schuld seien die Lohnzurückhaltung der verantwortungsbewussten deutschen Arbeitnehmerschaft und die Exportstärke der deutschen Wirtschaft. Kurz und gut: Deutschland müsse geschwächt werden. Mit typisch deutscher Großmannssucht blies auch der Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zum Ausverkauf Deutschlands. Er schlug vor, für die Rettung der über ihre Verhältnisse lebenden schwachen Euro-Partner nun auch noch die Goldreserven der Deutschen Bundesbank zu verbraten.

Dabei zeigte sich die Kanzlerin anfangs gar noch als „Eiserne Lady“ und erteilte zunächst weiteren Hilfen an die griechischen Bankrotteure eine Absage. Da kam sie bei den Griechen aber schlecht an. Die aber zückten sogleich erfolgreich die Nazi-Keule und behaupteten frechweg, die Nazis hätten ihnen 18,86 Tonnen Gold gestohlen, obwohl diese noch vor dem Erscheinen der Wehrmacht nach England ausgelagert wurden und nach Kriegsende wieder nach Griechenland zurückfanden. Außerdem forderten die Griechen nun auch noch Reparationen für den Zweiten Weltkrieg. Dabei war die Wiedergutmachung für die griechischen Kriegsoffer bereits 1960 abschließend geregelt worden. Nach diesen böartigen griechischen Fouls knickte Angela wie ein Gummipüppchen ein.

„Seit 1981 gehören wir zur selben Familie, zur EU. Kein anderes Familienmitglied hat in dieser Zeit so viel Geld in die Gemeinschaftskasse gesteckt wie wir, nämlich rund 200 Milliarden Euro... Rein rechnerisch haben wir Deutschen mit den Jahren jedem von Euch Griechen, vom Säugling bis zum Greis, über 9.000 Euro geschenkt. Einfach so. War doch nett, oder? Freiwillig hat wohl noch nie ein Volk ein anderes über einen so langen Zeitraum so großzügig unterstützt. Ihr seid fürwahr unsere teuersten Freunde.“ (Stern-Autor Walter Wüllenweber, *stern*, 5.3.2010)

200 Milliarden Euro Taschengeld für unsere Nachbarn. Sie sind uns wahrlich lieb und teuer. So hat z. B. Italien am 03.12.2009 beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland eingereicht mit dem Ziel, für alle Schäden deutscher Truppen im 2. Weltkrieg entschädigt zu werden, obwohl z. B. der teure deutsche Afrika-Feldzug nur auf Bitten Mussolinis begonnen worden war. Das sind fürwahr treue, vor allem aber teure Freunde.

Aber für die Krankenversicherung ist kein Geld da, auch nicht für die Pflegeversicherung, nicht für die Rentner, für die Straßen, für die Kommunen... Und nun sollen wir sparen, weil die anderen weit über ihre Verhältnisse leben! Sparen für die Zocker-Banken, sparen für die Versäumnisse der Regierung, sparen für Italien, Spanien, Portugal, Griechenland....

Ein Grieche erhält 95 Prozent seines Gehalts als Rente, während sich ein Deutscher im Schnitt mit 43 Prozent begnügen muß. So lieb und teuer sind unseren(?) Politikern die Griechen. Deshalb werden CDU,

SPD, FDP und Grüne wohl auch immer wieder gewählt. Weil sie unsere Interessen mindestens so gut vertreten wie eine aufgezwungene Fremdherrschaft. Dabei haben die deutschen Milliarden die schwachen Länder nicht einmal voran gebracht. Sie wurden sinnlos verjubelt. Und nun stehen alle vor der Insolvenz und zahlen soll wieder einmal Deutschland – wenn auch *vorläufig* nur mit Bürgschaften von bis zu 148 Milliarden Euro –, um für die Spesen unserer Nachbarn aus deren Völlerei und Prasserei aufzukommen. In diesem Zusammenhang sieht der Staatsrechtler Prof. Dr. Karl-Albrecht Schachtschneider eine Verletzung des Grundgesetzes durch die Berliner Gurkentruppe: Nach Artikel 115 GG dürfe die Bundesrepublik nur Kredite aufnehmen, um Investitionen im eigenen Land zu finanzieren!!!

„Die EU sollte Griechenland nicht retten. Das Beste für alle wäre, das Land pleitegehen zu lassen,“ (US-Investor Jim Rogers in der Wiener Zeitung vom 10.03.10), zumal die Gesamtwirtschaftsleistung Griechenlands weniger als drei Prozent beträgt.

Neben der mit unseren Milliarden gestützten Groß-Krisenbank HRE, die unsere Steuergelder, nun unter Staatsaufsicht, erneut verzoxt hat - diesmal mit Griechen-Anleihen - sind es vor allem französische Banken mit über 70 Milliarden Euro und Schweizer Banken mit über 60 Milliarden Euro, zu deren Rettung nun wieder einmal der dumme deutsche Michel bluten wird.

„Irgendwann muß die Wahrheit auf den Tisch. Griechenland ist nicht mehr in der Lage, seine Schulden zurückzuzahlen... Es ist das eingetreten, wovon die Kritiker immer gewarnt haben. Nun wird aus der Währungsunion eine Haftungsgemeinschaft und Inflationsunion.“ (Wirtschaftsprof. J. Starbatty in der FAZ vom 22.04.2010). Dazu Kommissions-Präsident Barroso: „Wir werden den Euro verteidigen, was immer es kosten mag.“ Richtig meinte er wohl: Was immer es Deutschland kosten mag! Auf jeden Fall wird Deutschland unter der Last der Rettungsaktionen für seine Schulden schon bald höhere Zinsen zahlen müssen.

Was sagt uns das alles? Den Euro wird es nur solange geben, solange Deutschland für ihn zahlt!

Wie jeder Bürge hat sich nun auch Deutschland - und dazu noch für einen Betrüger - in eine gefährliche Abhängigkeit begeben. Es war einmal ... ein wohlhabendes Deutschland, das sich nicht davon abbringen ließ, seine DM unbedingt in eine Ramschwährung zu tauschen...

Deutschland sollte die marode Währungsunion unverzüglich verlassen, wie es das Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12.10.1993 ausdrücklich als Notlösung vorsieht, wenn die Stabilität der Währungsunion nicht mehr gewährleistet ist. Dieser Fall ist eingetreten, deshalb raus aus dem Euro, bevor wir auf ewige Zeiten den „Länderfinanzausgleich“ für ganz Europa bezahlen müssen! Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

Der Goldpreis ist trotz gesunkener Rohstoffpreise weiterhin gestiegen. So sieht der Vorbote einer Inflation aus, wie wir sie bereits in der *Stimme der Freiheit* 1/09 im Leitartikel „Die Volkswirtschaften vor dem Zusammenbruch“ angesprochen haben. Wir erwarten vor dem Hintergrund einer aus Angst vor der Zukunft derzeit steigenden Sparquote der Bevölkerung allerdings zurzeit noch keine inflationären Tendenzen, sondern erst einige Zeit nach dem gegen Ende des Jahres drohenden Zusammenbruch des gewerblichen Immobilienmarktes in den USA mit der Folge weiterer Milliarden-Hilfspakete.

„Die Deutschen blicken sehr skeptisch in die Zukunft. Nach einer neuen Studie der Bertelsmann Stiftung haben mehr als zwei Drittel der Befragten im Krisenjahr 2008/2009 das Vertrauen in die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft sowie in die soziale Sicherung verloren. Heute hätten etwa 70 Prozent der Bevölkerung resigniert, hieß es. Den Verantwortlichen in der Wirtschaft werde Lobbyismus und Gier vorgeworfen, politischen Entscheidungsträgern Machtgier und leere Versprechen.“ (WAZ, 28.12.2009)

Das „alte“ Europa scheint seine Zukunft hinter sich zu haben. Die Schwellenländer hingegen haben die Verwirklichung großer Visionen noch vor sich. Während dort die Geburtenrate steigt, sinkt sie bei uns. So geht in Deutschland vor lauter trüben Zukunftsaussichten auch noch die Erotik vor die Hunde!

Da macht es sich gut, wie vor den letzten Wahlen, daß unsere Regierung wenigstens rigoros die Arbeitslosigkeit „bekämpft“. Damit die Arbeitslosenzahlen nicht steigen, nahm man ab Mai 2009 rund 200.000 Arbeitslose aus der Statistik. Mit Hilfe einer Gesetzesänderung werden Arbeitslose, mit deren Vermittlung Dritte, also z. B. private Agenturen, beauftragt sind, nicht mehr mitgezählt. Bisher galt das nur für Arbeitslose, die Weiterbildungskurse besuchen. Wer sich überhaupt noch ein einigermaßen der Realität entsprechendes Bild machen möchte, der lege am besten die Zahl der Leistungsempfänger zugrunde, und das sind acht Millionen!

So kommt zurzeit auf 1,1 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte ein Empfänger von staatlichen Leistungen. Das ist eine totale Schiefelage unserer sozialen Marktwirtschaft, die die Bürger, sprich unsere Republik, auf Dauer nicht bezahlen kann.

Der Wirtschaftsweisen Wolfgang Franz fordert deshalb erweiterte Hinzuverdienstmöglichkeiten für Hartz-IV-Empfänger bei um 30 Prozent gekürzten Regelsätzen. Ihnen sollten anstelle der bisher ersten selbstverdienten 100 € zweihundert Euro voll belassen werden und weitere Hinzuverdienste am ersten Arbeitsmarkt zu 50 statt bisher 20 Prozent. „Gibt es auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht genügend Arbeitsplätze, sollen Kommunen und Wohlfahrtsverbände Arbeitsmöglichkeiten einrichten, bei denen man aber maximal das ungekürzte Arbeitslosengeld II erzielen kann. Bekommt der Arbeitslose selbst dort keine Arbeit, bleibt ihm aber der ungekürzte Regelsatz erhalten“, so Franz. Dadurch, dass der Staat Arbeitsmöglichkeiten anbietet und die Arbeitsannahme auch mit Sanktionen erzwingt, würde auch die Schwarzarbeit und damit die Ausbeutung der arbeitenden Menschen bekämpft werden.

Die Ausweitung der Sozialhilfe hat noch in jedem Land zu mehr statt weniger Armut geführt. Hilfe zum Lebensunterhalt kann nur eine Sozialnothilfeversicherung sein. Um zu verhindern, dass sich immer mehr Menschen dauerhaft auf Kosten ihrer Mitbürger einrichten und Zuwanderer sogar deswegen zu uns kommen, muss die Hilfe zeitlich begrenzt werden. So sind laut Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 09.02.2010 rund 40 Prozent der Hartz-IV-Empfänger Einwanderer. Aber die Zahlungen an die Ausländerfamilien liegen noch deutlich höher, weil sie mehr Kinder als deutsche „Hartzler“ haben. Hier wäre sofortiges und entschlossenes Handeln durch die Bundesregierung gefordert, bevor Deutschland nicht einmal mehr Nothilfe für die eigenen Bürger leisten kann.

Als z. B. die lebenslange Sozialhilfe in den USA 1997 auf fünf Jahre begrenzt wurde, drittelte sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger, die Geburtenkontrolle nahm zu und in der Folge sank die Kriminalität der Söhne aus der unteren Gesellschaftsschicht.

Mit diesen und weiteren nachfolgend näher beschriebenen Maßnahmen wollen wir, die FBU Saar, die **SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT** stärken und für die Zukunft überlebensfähig gestalten. Auch, wenn das manche Banker und Manager nicht begreifen wollen: Die soziale Marktwirtschaft ist mehr als eine Wirtschaftsordnung. Sie ist eine Werteordnung (Horst Köhler, Ex-Bundespräsident). Entsprechend gilt es, im Sinne Ludwig Erhards mit der Sozialisierung des Eigentums fortzufahren und den Gedanken der Volksaktie auszubauen:

Damit der Arbeitnehmer mit seiner gegenüber den Maschinen immer wertloser werdenden Arbeitskraft nicht letztlich auf der Strecke bleibt, sind die Menschen über Beteiligungsfonds durch eine sehr *hohe staatliche Sparzulage* am Wachstum der deutschen Wirtschaft zu beteiligen. Wir alle würden so zu lauter „kleinen Kapitalisten“ und vom Ertrag dann *unserer* Maschinen und an der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft angemessen partizipieren. Solcherart würde der Wohlstand unseres Volkes gemehrt werden. Wir nennen dieses zwanglose Modell „Überführung von Produktivkapital in Arbeitnehmerhand“, denn der Mensch ist nicht für die Wirtschaft, sondern die Wirtschaft ist für den Menschen da! -

Insbesondere der innovative und Arbeitsplätze schaffende **MITTELSTAND** ist *spürbar zu entlasten* im Gegensatz zur bisherigen Politik, den Großkonzernen Puderzucker und Steuergelder des Mittelstandes hinten rein zu blasen, nur um als Lohn dann noch mehr Arbeitlose zu ernten.

In Bezug auf die andere Seite der Medaille verschließen wir uns genauso wenig wie die Mehrzahl der Industrienationen einem angemessenen **MINDESTLOHN**, damit nicht der Bürger und Steuerzahler das Lohndumping in Deutschland über Lohnzusatzleistungen finanzieren muß. Geradezu unerträglich ist, daß, während dem Arbeitnehmer einerseits der branchenübergreifende Mindestlohn verweigert wird, sich die Manager, selbst bei schlechtester Geschäftsführung, in verantwortungslosester Manier zu Lasten der Belegschaften bedienen.

Abgeordnete sind oft nur noch Interessenvertreter ihres Verbandes, ihres Berufsstandes, ihrer Partei.

Damit vertreten sie aber nicht mehr die Interessen des Volkes. Interessenvertreter sind keine Volksvertreter! Was ist ein Volksvertreter? Das kann man anhand von Beispielen so erklären:

Ein Versicherungsvertreter verkauft Versicherungen. Ein Staubsaugervertreter verkauft Staubsauger. Ein Lebensmittelvertreter verkauft Lebensmittel. Und ein Volks(ver)treter verkauft das ... !!!

Kopf hoch, liebe Freunde, solange Deutschland so gute Köpfe und eine FBU mit Weitblick hat, ist es nicht verloren. Nur müssen unsere Mitbürger unsere Programmatik auch kennen, um mit uns unser Land in bessere Zeiten zu führen. Deshalb sollten Sie Ihre Freunde unbedingt zu den politischen Stammtischen und Bürgertreffen der FBU einladen. Denn nur gemeinsam sind wir stark!

P.R.

Veranstaltungen *befreundeter Verbände* (Sie sind herzlich eingeladen)

- Andreas-Hofer-Bund (AHB): Sonntag, **18. Juli 2009**, Sommerfest mit Luftgewehrschießen. Ort: Beim Gruppenobmann Karl Christmann in der Herschberger Straße 31 in Thaleischweiler-Fröschen in der Pfalz ausgangs der A 8. Beginn: 10 Uhr vormittags. Freunde und Interessierte sind herzlich willkommen.

- Sa., **18.09.2010**, **AHB-Jahresausflug** in die Pfalz, Treffpunkt: Autohof Ramstein um 10 Uhr.

Teilnehmer für beide Veranstaltungen mögen sich bitte spätestens eine Woche vorher bei Reinhold Rupp (siehe Impressum) telefonisch anmelden.

Aus der Arbeit der FBU - Landesverband Bayern

- Landesverband Bayern: Jeder 1. Montag im Monat um 19 Uhr in der Gaststätte „Elfmeter“ in der Rollnerstr. 26 in 60409 Nürnberg, Straßenbahn Linie 8, Haltestelle Maxfeld Pirckheimer Straße.

- Ortsverband Pfersee / Augsburg: Jeder erste Dienstag im Monat im Bürgerhaus Pfersee ab 19 Uhr. Ansprechpartner: Herr Kampfer, Tel. 0821-2528445.

- Ortsverband Augsburg-Oberhausen-Bärenkeller: Jeder erste Dienstag im Monat in „Reiners Brotzeitstüble“, ab 18.30 Uhr, Donauwörther Str. 32 in 86154 Augsburg, Ansprechpartner: Frau R. Rettenmayer (Tel. 0821-5430386) und Herr B.-G. Hecken (Tel. 0821-7956677).

Sommerzeit – Grillzeit

Gegrillte Champignonspieße, Zutaten für zwei Personen: 20 mittelgroße, frische Champignons, 200 Gramm Frischkäse mit Kräutern und Knoblauch (Le Tartar, Boursin).

Aus den Champignonköpfen den Stiel herausdrehen und die Köpfe mit dem Frischkäse füllen. Dann je fünf Pilze auf einem Spieß hintereinander fädeln, sodaß sie sich selbst verschließen (sonst läuft die Soße aus). Die Spieße sind nach etwa zehn Minuten gar. – Guten Appetit!

Aus der Arbeit der FBU - *Landesverband Saarland*

Am 20. März dieses Jahres fand die Landesversammlung der FBU Saar statt. Verabschiedet wurde eine Überarbeitung des Aufnahmeantrages, der nun wie folgt lautet:

„Das Beitragsjahr ist das Kalenderjahr. Der Mitgliedsbeitrag ist ein Jahresbeitrag. Er beträgt 120 €. Er ist bei Eintritt binnen vier Wochen, bei Austritt sofort und ansonsten bis zum 31.12. des Beitragsjahres zu entrichten. Wird am **Lastschriftzug nicht teilgenommen**, so sind mit dem Eintritt sofort und in bar 60 € zu entrichten, die auf den (künftigen) Beitrag angerechnet werden.

Der Jahresbeitrag (120 €) **ermäßigt sich** auf meinen **Persönlichen Jahresbeitrag** in Höhe von _____ € (in Worten: _____), wenn ich diesen in den Folgejahren nach meinem Eintritt **unaufgefordert** bis zum 31. März des laufenden Beitragsjahres begleiche. Der *Persönliche Jahresbeitrag* darf den Mindestbeitrag (**10 € jährlich** für Mitglieder, die aufgrund ihrer Selbsteinschätzung ihre persönliche finanzielle Situation als kritisch bezeichnen) nicht unterschreiten. Platzt der Lastschriftzug, oder wird der *Persönliche Jahresbeitrag* nicht bis zum 31.03. des Beitragsjahres bezahlt, so ist der volle Jahresbeitrag über 120 € zu entrichten.

Nebenabsprachen mit dem Werber (insbesondere wenn diese im Widerspruch mit dem Inhalt dieses Aufnahmeantrages stehen) haben keine Gültigkeit.“

Die Landesversammlung am 20. März begann mit einem Sektempfang. In den Pausen zwischen den Wahlgängen konnten nicht nur Ostereier, sondern auch von einer Künstlerin ausgestellte Tiffany-Arbeiten bewundert und erworben werden.

In seinem Rechenschaftsbericht kam der bisherige zweite Vorsitzende Axel Enders noch einmal auf den Landtagswahlkampf zu sprechen. In Einzelbezirken konnten bis zu 1,4 % der Stimmen errungen werden. Alle anwesenden Wahlkampfhelfer wurden mit einer saarländischen Sondermünze geehrt. Der aktivste Wahlkämpfer erhielt den höchsten Verdienstorden der Partei, den *Großen Elefantenarsch am Bande mit Nüssen* (Der Elefant ist das Maskottchen der FBU).

Im Amt des Landesvorsitzenden wurde Günter Gabriel bestätigt (Försterstr. 17, 66111 Saarbrücken, Tel. 0175-4479344). Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Reinhold Rupp gewählt (Großstr. 3, 66740 Saarlouis, Tel. 0175-3428196). In der Schatzmeisterei wurden in ihren Ämtern bestätigt: Gisela Müller und Herr Beer. Zu Landesschriftführern wurden gewählt: Otfried Best und Ellen Kirsch. Beisitzer im Landesvorstand sind Brigitte Drescher, Andreas Braun und Elias Friedrich.

Mit dem Leistungsabzeichen vom *Rat der nationalen Leistungsträger*, der *Fanfare der Freiheit* in massivem Silber, wurden Andreas Braun und Axel Enders ausgezeichnet. Die Laudatio hielt der Landesvorsitzende Günter Gabriel.

Um 18 Uhr gab es das Abendessen: Gefüllte Hähnchenbrüstchen in Kräutersoße, gebratenes Schnitzel in Bolognesesoße, Röstis, Nudeln und zarte Gemüse (damit Ihr's wisst, die Ihr nicht anwesend wart!). Nach der konstituierenden Vorstandssitzung endete der Abend in gemütlichem Ausklang.

Am 1. Mai richtete der Kreisverband Völklingen einen Auto-Korso aus, der durch die Stadt führte. Die mit FBU-Plakaten und Deutschlandfähnchen geschmückten Fahrzeuge erzielten große Aufregung unter den Bürgern. Diese gelungene Aktion kann für alle Bundesländer nur weiterempfohlen werden.

Bürger-Treffen (für Freunde und Gäste)

- Landesverband: **Donnerstag, den 08.07.2010** in „Die Eck“, Kaiserstr. 77, Saarbrücken-Scheidt.
- Und ebenso am **Donnerstag, dem 19.08.2010**. Jeweils um 19.30 Uhr. Gäste sind sehr willkommen.
- Kreisverband Saarlouis: **jeder 1. Montag im Monat** um 19 Uhr im Café Stormwind, Saarlouiser Str. 4 in Ensdorf, Tel. 06831-5121, Ansprechpartner: Reinhold Rupp, Tel. 0175-3428196.
- Kreisverband Völklingen: Das Tagungsort wird gewechselt, Termine bitte erfragen bei Ellen Kirsch, Tel. 06898-29369 oder 0171-7461271.

Der politische Witz

Über Griechenland lacht die Sonne, über Deutschland die ganze Welt.

Bitte beachten sie den Redaktionsschluß für die *Stimme der Freiheit* 3/10. Es ist der 31.08.2010

Impressum, Herausgeber: Freie Bürger Union (FBU), Bundesverband.

Internet: www.freie-bürger-union-bundesverband.de, **V.i.S.d.P.:** Reinhold Rupp, Chefredakteur.

Anschrift: FBU, Stimme der Freiheit, Herrn Reinhold Rupp, Großstr. 3, 66740 Saarlouis, Telefon: Tel. 0175-3428196, Fax bis auf weiteres: 06898-6940655.

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben im Jahr, quartalsmäßig, **Auflage:** 600

Bezugspreis: Im Mitgliedsbeitrag enthalten, sonst freiwillige Spenden.

Bankverbindung: FBU, Sparkasse Saarbrücken, Konto Nr.: 29012655, BLZ: 59050101.

Der Zeitgeistminister warnt: Diese Zeitung gefährdet Ihre politische Korrektheit!